

Pressemitteilung

Landesarbeitsgemeinschaft übergibt Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Hochschulen der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1613

Kiel, 01.11.2019 / **Die Fraktion der AfD ist am 28. Aug. 2019 mit ihrer Forderung, die Gleichstellungsbeauftragten in Gemeinden, Ämtern und an Hochschulen abzuschaffen, in der 1. Lesung des Landtages auf breite Ablehnung gestoßen. Alle Fraktionen haben klare Statements abgegeben und deutlich gemacht, dass Gleichstellung wichtiger denn je ist. Dennoch musste der Gesetzentwurf zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen werden, dieser hat bis zum 01. Nov. 2019 zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgerufen.**

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten geht davon aus, dass auch im Rahmen der schriftlichen Anhörung die Anzuhörenden sich in einem klaren Votum für die Gleichstellung aussprechen werden.

„Wir stellen fest, dass der Antrag zum ‚Gesetz zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Hochschulen‘ mit dem Grundgesetz (Art. 3 Abs. 2 GG) und der Landesverfassung des Landes Schleswig-Holstein (Art. 9, Verf. SH) nicht zu vereinbaren ist.“ so Tinka Frahm, Sprecherin der LAG und Gleichstellungsbeauftragte des Kreises Pinneberg.

„Die AfD greift damit die Grundwerte der Demokratie an.“, bekräftigt Wiebke Tischler, Sprecherin der LAG und Gleichstellungsbeauftragte des Amtes Kellinghusen und führt weiter fort: „Die Begründung, die Gleichstellung von Frau und Mann sei bereits erreicht, ist aus der Luft geholt und entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage.“

Die Gesetzesinitiative der AfD zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten beweist, dass die gesellschaftspolitische Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten mehr denn je gefordert ist, um sich für eine gerechte Teilhabe von Frauen und Mädchen einzusetzen - und damit für eine **echte** Demokratie.

Pressekontakt über:

Geschäftsstelle der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein

Birgit Pfennig

Walkerdamm 1

24103 Kiel;

Tel.: 0431 30034721

geschaeftsstelle@gleichstellung-sh.de

www.gleichstellung-sh.de

Geschäftsstelle

- Birgit Pfennig**
Geschäftsführerin
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431 30034721
geschaeftsstelle@gleichstellung-sh.de

Sprecherinnengremium

- Yvonne Deerberg**
Stadt Preetz
Bahnhofstraße 24
24211 Preetz
Tel.: 04342 303-276
gleichstellung@preetz.de
- Tinka Juliane Frahm**
Kreis Pinneberg
Kurt-Wagener-Straße 11
25337 Elmshorn
Tel.: 04121 4502-1021
t.frahm@kreis-pinneberg.de
- Silvia Kempe-Waedt**
Kreis Rendsburg-Eckernförde
Kaiserstr. 8
24768 Rendsburg
Tel.: 04331 202-400
silvia.kempe-waedt@kreis-rd.de
- Helga Rausch**
Landeshauptstadt Kiel
Andreas-Gayk-Straße 31
24103 Kiel
Tel.: 0431 901-2054
referat.gleichstellung@kiel.de
- Helene Saibel**
Amt Horst-Herzhorn
Elmshorner Str. 27
25358 Horst (Holstein)
Tel.: 04216-392813
gleichstellung@amt-horst-herzhorn.de
- Kirsten Schöttler-Martin**
Amt Nordsee-Treene
Schulweg 19
25866 Mildstedt
Tel.: 0 48 41/9 92-2 33
k.schoettler-martin@amt-nordsee-treene.de
- Wiebke Tischler**
Amt Kellinghusen
Hauptstraße 14
25548 Kellinghusen
Tel.: 04822 39333
wiebke.tischler@amt-kellinghusen.de